

# Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben

Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands

:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.  
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

... Fernsprecher N 8538. ...  
Redaktionschluss Montags  
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-  
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 10

Cöln, den 6. Mai 1916.

IV. Jahrgang.

## Unser Verband im Jahre 1915.

II.

### Kassenverhältnisse.

Infolge der sinkenden Mitgliederziffern gingen auch die Einnahmen und Ausgaben zurück. (Kassenbericht siehe Seite 42). Die Gesamteinnahmen betragen ausschließlich des Kassenbestandes 49 718.78 Mk. Die Gesamtausgaben 47 757.98 Mk., sodaß noch ein Ueberschuß von 1 960.80 Mk. verblieb. Hierzu ist jedoch zu bemerken, daß die Hauptkasse eine Mehreinnahme von 2 737.80 Mk. verzeichnen konnte, während die Lokalkassen eine Mehrausgabe von 777 Mk. hatten. Der Gesamt-Kassenbestand erhöhte sich von 44 080.78 Mk. auf 46 041.58 Mk. Für das 3. und 4. Quartal wurden den Ortsgruppen die Aufnahmegelder überlassen. Von den Ausgaben entfallen 19 178.48 Mk. allein auf Unterstützungen. Das sind 39 Prozent der Ausgaben und rund 50 Prozent der Einnahmen aus regulären Beiträgen.

An Unterstützungen wurden gezahlt:

Erwerbslosenunterstützung	8 896.80 Mk.
Umzugsunterstützung	48.80 Mk.
Rechtsschutz	119.18 Mk.
Kriegsunterstützung und Liebesgaben	6 513.70 Mk.
Esterbegeld	3 600.— Mk.
Zusammen:	19 178.48 Mk.

Davon entfallen 15 674.87 Mk. auf die Hauptkasse und 3 503.61 Mk. auf die Lokalkassen, wovon letztere Summe hauptsächlich für Kriegsunterstützung und Liebesgaben verwandt wurden. Das sind recht ansehnliche Leistungen an Unterstützungen, die einem großen Teil unserer Verbandsmitglieder zugute gekommen sind. Die Ausgaben für Kriegsunterstützungen und Liebesgaben zeigen, daß auch der tapferen Kollegen im Soldatenrock in besonderer Weise gedacht wurde. Verbandsleitung und Ortsgruppenleitungen werden auch fernerhin alles tun, um die Fühlung mit diesen Kollegen aufrecht zu erhalten und ihnen den schweren Dienst durch gelegentliche Liebesgaben sendungen in etwa zu erleichtern.

Ein besonderes Wort muß zu dem Rückgang des Lokalkassenbestandes gesagt werden. Der Bestand der Lokalkassen betrug Ende 1913 7 133.20 Mk., 1914 6 822.26 Mk., 1915 6 045.26 Mk.; er hat sich in den beiden letzten Jahren also um 1 087.94 Mk. verringert. Der Rückgang verteilt sich nicht gleichmäßig auf alle Ortsgruppen. Es kommen dafür nur wenige in Betracht. An diesen Stellen wird meist zumeist für Verwaltungszwecke aufgewandt. Hier

heißt es auch Maß halten und sich nach der Decke strecken. Nach Beendigung des Krieges werden neue große Aufgaben an den Verband herantreten. Dafür gilt es, die nötigen Mittel bereitzubehalten. Im selben Maße, wie die Verbandsleitung hierzu bestrebt ist, müssen es auch die einzelnen Ortsgruppen sein. Wo es sich als notwendig erweist, darf man auch vor der Erhebung von besonderen Lokalbeiträgen nicht zurückschrecken, zumal eine Anzahl unserer Ortsgruppen darin mit gutem Beispiel vorangegangen sind und sich dadurch wesentlich höhere Einnahmen gesichert haben. Von größtem Wert für die Mitglieder ist namentlich die Höhe der Beitragsklasse, zu welcher sie gehören. Denn je höher der Beitrag, desto höher die Unterstützung. Wir möchten darum wiederholt darauf hinweisen, sich eine möglichst hohe Beitragsklasse zu wählen. Hier bietet sich auch eine dankbare Erziehungsaufgabe für die Ortsgruppen.

### Tätigkeit und Erfolge.

Bei Ausbruch des Krieges hatten auch wir, wie alle übrigen Verbände der gesamten Gewerkschaftsrichtungen, im Interesse des „Burgfriedens“ die schwebenden Lohnbewegungen aufgehoben. Daraus glaubten manche Mitglieder den Schluß ziehen zu können, die Gewerkschaften seien nun zwecklos, da sich während des Krieges doch nichts erreichen lasse. Nunmehr können wir über ein volles Kriegsjahr berichten. Da müssen wir gestehen, daß in keinem Friedensjahre eine vielseitigere, umfassendere Tätigkeit verlangt und entfaltet, und so große Erfolge erzielt wurden wie in diesem Jahre.

Diese Tätigkeit erstreckte sich insbesondere auf die Abwehr von Verschlechterungen, Wiedergewährung des Urlaubes, Erlangung von Feuerungszulagen, Gewährung von Kriegsunterstützung und Lohnfortzahlungen, Rentengewährung an Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, Aufhebung von Beschränkungen des Koalitionsrechtes, Maßnahmen betr. die Lebensmittelversorgung und Lieferung von Brennmaterial und Lebensmittel an städtische Arbeiter zu Vorzugspreisen.

Wir haben im Laufe des Jahres über die Einzelheiten dieser Tätigkeit und der dadurch erzielten Erfolge fortlaufend im Verbandsorgan berichtet, sodaß wir heute auf eine eingehende Wiedergabe verzichten und uns auf eine knappe Darstellung beschränken können.

1. Abwehr von Verschlechterungen galt es in Bonn, Düsseldorf, Köln und Nürnberg. In Bonn war dem Straßenbahnpersonal bei Ausbruch des Krieges ein freier Tag genommen worden ohne Bezahlung hierfür, ebenso mußten Ueberstunden ohne Vergütung geleistet werden. Diese Maßnahmen wurden durch Gewährung einer beson-

## Kassenbericht für das Jahr 1915.

Einnahmen		M	Ausgaben		M
An Kassenbestand in der Hauptkasse	37258,52		Für Verwaltungskosten Zentrale	2574,41	
" " " den Lokalkassen	6822,26	44080,78	" " Ortsgruppen	8094,10	10668,51
" Aufnahmegelder . . . . .		120,60	" Unterstüzungen . . . . .		19178,48
" Beiträge . . . . .		38359,65	" Verbandsorgan Redaktion	1563,00	
" Extra-Lokal- und Kriegsfondbeiträge . . . . .		8699,15	" " Druck	2194,80	
" Abonnementsgebühren . . . . .		123,89	" " Versandt	307,90	4065,70
" Zinsen . . . . .		1417,86	" Miete, Beleuchtung usw. . . . .		2018,23
" Broschüren . . . . .		396,80	" Agitation und Sekretariate . . . . .		5068,70
" Rückzahlung von Vorschüssen . . . . .		130,00	" Versicherungsbeiträge . . . . .		1392,59
" Sonstige Einnahmen . . . . .		470,83	" Porto . . . . .		221,13
			" Lohnbewegungen . . . . .		1720,58
			" Konferenzen und Sitzungen . . . . .		107,85
			" Zeitungen, Bücher Zentrale	853,48	
			" " " Ortsgruppen	481,33	1334,81
			" Beiträge zum Gesamtverband . . . . .		661,55
			" Beiträge zu den Ortskartellen . . . . .		1126,85
			" Sonstige Ausgaben Zentrale	58,72	
			" " " Ortsgruppen	134,28	193,00
			" Kassenbestand in der Hauptkasse	39996,32	
			" " " den Lokalkassen	6045,26	46041,58
		93799,56			93799,56

**Abchluß:**

Einnahmen . . . . .	49718,78 Mf.
Ausgaben . . . . .	47757,98 "
Mehreinnahme . . . . .	1960,80 Mf.
Dazu Kassenbestand 1914	44080,78 "
<b>bleibt Kassenbestand</b>	<b>46041,58 Mf.</b>

**Vermögensnachweis**

Kassenbestand (Zentral- und Lokalkassen)	46041,58 Mf.
Reisevorschüsse . . . . .	450.— "
Büroeinrichtungen (nach Abschreibung) . . . . .	3470,80 "
<b>Gesamtvermögen</b>	<b>49962,38 Mf.</b>

**Der Kassierer:**

i. B.: **Peter Dedenbach.**

Vorstehenden Abchluß mit der Kasse, den Büchern und Belegen für richtig befunden.

Cöln, den 21. April 1916.

**Die Revisoren:**

**Johann Gull, Johann Duntels,  
Wilhelm Decker.**

deren Zulage von monatlich 15 Mf. beseitigt. In Düsseldorf sollten während des Krieges keine Lohnzulagen gezahlt werden. Die Verfügung wurde im Frühjahr 1915 aufgehoben. In Köln wurden Lohnzuschläge für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit seit Kriegsbeginn nicht mehr gezahlt. Am 1. März 1915 wurde die Verfügung aufgehoben. In Nürnberg waren mit Kriegsausbruch bei verkürzter Arbeitszeit auch die Löhne erheblich verkürzt worden. Nachdem bereits im Dezember 1914 eine teilweise Erhöhung der Löhne stattgefunden, wurde vom März 1915 ab der volle Lohn wieder gewährt und späterhin auch noch Feuerungszulagen bewilligt. In allen diesen Fällen waren seitens unseres Verbandes die nötigen Schritte zur Aufhebung der vorgenommenen Verschlechterungen getan worden und, wie Figura zeigt, mit vollem Erfolg. Das Gleiche kann auch gesagt werden bezgl. der Wiedergewährung des ganz oder teilweise entzogenen Urlaubs, in Bonn, Köln, Essen, Düsseldorf und anderen Orten.

2. Feuerungszulagen. Sehr viele Arbeit erforderten die Eingaben und sonstigen Aktionen zur Erlangung von Feuerungszulagen. Für fast sämtliche Ortsgruppen wurden solche Eingaben gemacht. Sie hatten auch fast alle Erfolg. Feuerungszulagen wurden bewilligt in: Aachen, Amberg, Augsburg, Bamberg, Barmen, Bochum, Bonn, Dillingen, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Guskirchen, Frankfurt a. M., Freiburg i. Br., Freising, Hannover, Hildesheim, Ingolstadt, Kleve, Köln, Krefeld, Landshut, Mainz, Mannheim, München, Münster, Paderborn, Pasing, Regensburg, Rosenheim, Siegen, Starnberg, Straubing, Trier, Weiden, Wernick (Heilanstalt), Würzburg und für die bayrischen Flußarbeiter. In einigen Orten wurden innerhalb des Jahres weitere Verbesserungen gegenüber den erstmals festgesetzten Feuerungszulagen erzielt. So in: Bonn, Barmen, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Hannover, Kleve, Köln, Regensburg, Würzburg, während in einigen Orten die diesbezüglichen Eingaben am Schluß des Jahres noch nicht

erledigt waren. Zulagen erhielten im Laufe des Jahres rund 2000 Verbandsmitglieder im Betrage von 2 bis 25 Mk. monatlich. Die hierfür in Betracht kommende Gesamtsumme beziffert sich für unsere Verbandsmitglieder auf etwa 315 000 Mk. pro Jahr. Das ist gewiß eine respektable Summe und ein schöner Erfolg. Angesichts der erheblichen Teuerung aber vermag sie doch keinen völligen Ausgleich zu schaffen. Wir sind daher auch unablässig bemüht, weitere Verbesserungen zu erzielen. Dieses wird namentlich dort versucht, wo die bisher gewährten Zulagen zu gering bemessen oder ein Teil der Arbeiter nicht berücksichtigt wurden. Damit haben wir im laufenden Jahr auch schon verschiedentlich Erfolg gehabt, während stellenweise unsere Anträge noch in der Schwebe sind. Auf jeden Fall sollten unsere Kollegen nichts verabsäumen, um die so erzielten Erfolge auch im Interesse des Verbandes auszunutzen. Denn das ist sicher, ohne die eifrigen Bemühungen der organisierten Arbeiterschaft wären sie nicht zu erreichen gewesen. Das muß den Unorganisierten gegenüber immer wieder betont werden.

**3. Kriegsunterstützung und Lohnfortzahlungen.** Unter der Teuerung leiden natürlich auch die Kriegerfamilien sehr. Wir haben uns daher bemüht, für diese eine Erhöhung der Familien-Unterstützung zu erzielen. Es ist wesentlich ein Erfolg des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, daß im Sommer v. J. die höhere Winterunterstützung seitens des Reiches weitergezahlt und ab 1. November eine weitere Erhöhung bewilligt wurde. Seitens unseres Verbandes wurde dazu noch an vielen Stellen durchgesetzt, daß die erhöhten Unterstützungen an den für die eingezogenen städtischen Arbeiter bewilligten Lohnzulagen nicht in Abzug gebracht wurden. Die hierdurch erzielte Aufbesserung dürfte für unsere Kriegerfamilien monatlich mindestens 10 000 Mk. betragen. Daß wir daneben in über 100 Fällen uns bemüht haben, den Kriegerfamilien die ihnen zustehende Unterstützung und etwaige sonstige Beihilfen zu erlangen, sei nur nebenbei erwähnt.

**4. Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene.** In Nr. 4, 1915 unseres Organs veröffentlichten wir bereits eine Eingabe, die etwa 50 Verwaltungen größerer Städte zugesandt wurde, betreffs Regelung der Rentengewährung an die betr. Personen und Familien. Verschiedene Städte sind dem Antrage gefolgt und ebenso sind unsere weiteren Bemühungen zwecks einer befriedigenden Regelung der Lohnfrage für die Kriegsbeschädigten stellenweise von Erfolg gewesen. Dieser wichtigen Angelegenheit widmen wir nach wie vor unser besonderes Augenmerk, zumal dieselbe noch lange nicht als abgeschlossen gelten kann.

**5. Beschränkungen des Koalitionsrechtes** waren die Arbeiter vor dem Kriege noch in manchen Straßenbahnbetrieben unterworfen. Das war weniger auf gesetzliche Bestimmungen, als auf das „selbstherrliche“ Verhalten der betr. Verwaltungen zurückzuführen. An eine größere Anzahl derselben wurde daher eine Eingabe gerichtet, in der im Hinblick auf die veränderte Zeitlage um Aufhebung dieser Beschränkungen ersucht wurde. Eine völlig zufagende und befriedigende Antwort ist darauf aber von keiner Seite eingegangen. Im Interesse des Burgfriedens versagen wir es uns, jetzt näher auf die Sache einzugehen.

**6. Lebensmittelversorgung.** Diese Frage ist im Verbandsorgan gemäß ihrer großen Bedeutung stets ausführlich behandelt worden. Es ist jedoch einer einzelnen Organisation nicht möglich, hier den nötigen Einfluß auszu-

üben. Diese Aufgabe fiel vielmehr der Gesamtbewegung zu, die sich ihrer denn auch mit großem Geschick und sichtlichem Erfolge angenommen hat. Davon legen die vielen Eingaben, die gemacht wurden, ein beredtes Zeugnis ab, und die Befolgung der in denselben gemachten praktischen Vorschläge. Ohne dieses Vorgehen würde die Arbeiterschaft zweifellos in noch viel stärkerem Maße unter den Preiserhöhungen usw. leiden müssen, als es ohnehin der Fall ist. Erwähnt sei auch noch der segensreichen Arbeit der Konjumentenausschüsse, dessen Hauptauschuß auch unser Verband angeschlossen ist und dessen Ortsauschüssen unsere Ortsgruppen wohl ausnahmslos, sei es selbständig, sei es durch die Ortskartelle, angehören. In verschiedenen Städten wurde unseren Anträgen, den städt. Arbeitern Kohlen, Kartoffeln u. a. Lebensmittel zu billigerem Preise, oder gegen Ratenzahlung zu liefern, bereitwilligst entsprochen. Das könnte unseres Erachtens aber noch in viel größerem Maße geschehen wie bisher.

**7. Sonstige Erfolge** wurden gleichfalls noch erzielt. So wurden die Brückenwärter in Mühlheim-Rhein in eine höhere Lohnklasse eingereiht und die bisherigen Abzüge für Kleider in Wegfall gebracht. In Köln wird an den Tagen vor den drei höchsten Festtagen zwei Stunden früher Arbeitschluß gemacht unter Fortzahlung des Lohnes. Im Falle gearbeitet werden muß, werden dafür 2 Stunden extra vergütet.

\* \* \*

Aus dieser Zusammenstellung, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, mögen unsere Mitglieder ersehen, was im vergangenen Jahre geleistet und erreicht worden ist. (Zu berücksichtigen ist dabei, daß für diese Arbeit nur wenige Kräfte zur Verfügung standen. Zwei Verbandsbeamte, Becker-Köln und Fabender-Karlruhe, sind seit Kriegsbeginn eingezogen, während Kollege Sidmann im Juni und Kollege Krumbé im August 1915 eingezogen wurden, sodaß von dem Zeitpunkt ab nur noch 2 Beamte die Verbandsarbeit zu versehen hatten. Wenn unsere Kollegen diese Nr. des Organs erhalten, wird voraussichtlich auch der Verbandsvorsitzende bereits den Waffenrock angezogen haben.) Wir wollen aber keineswegs uns nur des Errungenen freuen, sondern eifrig weiterstreben auf der beschrittenen Bahn. Dazu bedarf es aber der energischen, zielbewußten Mitarbeit aller Kollegen. Während des Krieges, wie besonders nach dem Kriege, harren unser große Aufgaben, die es mit starken, vereinten Kräften zu erfüllen gilt. Auf dieses Ziel muß unsere zukünftige Arbeit eingestellt werden. Möge man das auf der ganzen Linie beherzigen.

## **Straßenbahntarife.**

Schon seit langem zerbricht man sich in den Kreisen der Straßenbahnverwaltungen die Köpfe über die Gestaltung der Fahrpreise. Auf diesem Gebiete herrscht eine große Unschicklichkeit. In verschiedenen Städten besteht der „Zehnpsennigtarif“, d. h. man kann beliebig lange Strecken für 10 Pfg. fahren; in anderen Städten bestehen verschiedene Fahrpreise, 10, 15, 20 Pfg. usw. Hier richtet sich die Höhe des Fahrgeldes nach der Länge der Strecke, genau wie bei den Staatseisenbahnen. Neben den Einzelfahrscheinern sind vielfach noch besondere Zeitkarten üblich, wie Strecken-, Netz-, Arbeiterkarten, die zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Die Rentabilität der Straßenbahnen ist naturgemäß eine recht verschiedene. Während eine Anzahl Bahnen sich gut rentiert, werfen andere nur einen mäßigen Gewinn ab. Das Ergebnis wird beeinflusst durch die Höhe der Anlagekosten, Unterhaltungs- und Stromkosten, Gehälter, Löhne, Verzinsung und Amortisation, wie durch den Grad der Benüt-

zung der Bahn und durch die Fahrpreise. Bei den letzteren versuchen nun die Straßenbahnverwaltungen den Hebel anzuwenden. In einem längeren Artikel in der Straßen- und Kleinbahn-Zeitung nimmt Herr Direktor Stahl-Düsseldorf in eingehender Weise zu dieser Frage Stellung. Er weist dabei zunächst hin auf die beständig steigenden Betriebskosten, wie: Zinslasten, Materialkosten, Steuern u. dergleichen, von denen er, wohl mit Recht, annimmt, daß sie auch in Zukunft sich nicht vermindern werden. Dazu müßten die Bahnen auf eine stärkere Mehrung des Erneuerungsfonds bezw. eine erhöhte Abschreibung unbedingt Bedacht nehmen.

Zur Tarifrage selbst wird bemerkt, daß man nicht sagen könne, daß ein bestimmter Tarif, für alle Orte gleichmäßig, der richtige sei. Die Verkehrsbedingungen der einzelnen Städte, der Wohnungs-, Geschäfts- und Industrieverkehr, sowie die Gewohnheiten des Publikums selbst, erforderten für jeden einzelnen Fall eine besondere Prüfung. Aber ein Mindestpreis für die durchschnittliche Verkehrsleistung sollte angestrebt werden. Vom 10 Pfg.-Tarif sagt der Verfasser, daß er in einer Zeit entstanden sei, wo der Kaufwert des „Groschens“ tatsächlich noch mit dem Nennwert übereinstimmte. Dagegen sei „heute die Kaufkraft der „10 Pfennige“ erheblich herabgesunken, gegenüber dem Werte vor 15—20 Jahren.“ Eine Ansicht, die wir nur voll und ganz bestätigen können. Darum schlägt Herr Direktor Stahl vor, zu prüfen, wie eine Preiserhöhung am besten zu erreichen sei, ob mit 12, 13 oder 15 Pfg. als unterste Preisklasse. Gegen die Abgrenzung auf 12 und 13 Pfg. erhebt er eine Reihe von Bedenken betriebstechnischer Art, z. B. Mangel an Kupfergeld, Schwierigkeit beim Geldwechseln und daher Verzögerung in der Fahrcheinausgabe. Jedoch brauchten diese Bedenken nicht ausschlaggebend zu sein. Für besser hält er den 15 Pfg.-Tarif. Auch in Bezug auf das Umsteigen müsse eine Aenderung getroffen werden, am besten durch erhöhte Fahrpreise für Fahrcheine mit Umsteigeberechtigung. Bei den Zeitkarten werde man unter Zugrundelegung des Bartarifs kaum einen größeren Rabatt einräumen dürfen als 40 Prozent.

Eine starke Belastung für die Bahnen bildeten auch die Arbeiterfahrkarten. Deshalb solle man grundsätzlich Arbeiterkarten nicht unter 1,5—2 Pfg. für das Kilometer verausgaben und für jede Fahrt einen Mindestsatz von 7,5 Pfg. zu Grunde legen.

Zum gleichen Thema nahm auch der Verein deutscher Straßen- und Kleinbahn-Verwaltungen auf seiner am 11. März ds. Jrs. in Berlin tagenden außerordentlichen Vereinsversammlung Stellung und hat dazu folgende Resolution einstimmig beschlossen:

„Die deutschen Straßen- und Kleinbahnen sind in ihrer großen Mehrzahl an feste Tarife gebunden, die den neunziger Jahren entstammen. Diese Tarife sind heute unzureichend, da die Ausgaben bereits vor dem Kriege um mehr als 50 Prozent gestiegen waren und nach dem Kriege noch weiter steigen werden. Ein wirtschaftlicher Verfall der Bahnen und damit eine schwere Schädigung des öffentlichen Verkehrs ist im allgemeinen nur aufzuhalten durch baldige Festsetzung des Mindesttarifes auf 15 Pfg. unter entsprechender Erhöhung der Vergünstigungstarife.“ Die Beschlußfassung soll den Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden Deutschlands zugesandt werden.

In Städten, so in Aachen, Bonn, Breslau, Düsseldorf, hat man lehthin eine Fahrpreiserhöhung vorgenommen. Zweifellos werden andere folgen. Die Frage wird also die Öffentlichkeit noch oft beschäftigen. Dabei handelt es sich um stark widerstreitende Interessen. Die Bahnen verlangen Preiserhöhung, das Publikum dagegen möglichst niedrige Preise. Dem Personal der Straßenbahnen kann es nur erwünscht sein, wenn sich die Betriebe angemessen rentieren, weil hiervon zuguterletzt seine Lohn- und Arbeitsbedingungen abhängig sind. Doch sollen die Straßenbahnen als Verkehrsmittel auch den Allgemeininteressen dienen, insbesondere durch billige Tarife eine gesunde Wohnungspolitik fördern helfen. Es wird in jedem Falle ernstlich und

reiflich zu prüfen sein, wie sich eine gesunde Fahrpreispolitik der Straßenbahnen mit den Interessen der Allgemeinheit am besten vereinbaren und erzielen läßt. Dort, wo bisher schon genügend hohe Fahrpreise bestehen, wird man von einer weiteren Erhöhung Abstand nehmen können. Das gilt besonders dort, wo abgestufte Fahrpreise in Geltung sind.

## Von der Straßen- und Kleinbahn-Berufsgenossenschaft.

### II.

Eine wichtige Ergänzung zu den Verwaltungsberichten bilden die Berichte des technischen Aufsichtsbeamten. Die wichtigsten Angaben beziehen sich auf die Ueberwachung der Betriebe, bei welchem Kapitel auch wichtige technische Neuerungen und Verbesserungen der Betriebsmittel und Schutzvorrichtungen besprochen werden und auf die Zahl und Art der Betriebsunfälle.

Im Jahre 1914 wurden an 120 Tagen 203 Betriebe mit 345 Betriebsstätten besichtigt. (Im Jahre 1913 an 156 Tagen 295 Betriebe mit 464 Betriebsstätten. Bei den nachfolgenden Angaben beziehen sich die in Klammern beigefügten Ziffern auf das Jahr 1913.) Die geringere Zahl der Revisionen im Jahre 1914 wird auf die durch den Krieg erschwerte Reifemöglichkeit zurückgeführt. Von den 203 Besichtigungen entfallen 88 auf elektrische Straßenbahnen und 71 auf Kleinbahnen mit Dampfbetrieb, also insgesamt 159. Die übrigen 44 verteilen sich fast gleichmäßig auf die in dem ersten Artikel in der Tabelle bezeichneten Betriebe.

Es wurden also noch nicht 40 Prozent der vorhandenen Betriebe besichtigt. Im Interesse der Versicherten wäre aber zu wünschen, daß alle Betriebe jährlich mindestens einmal revidiert würden. Wenn es an einer Stelle des Berichts fast alljährlich heißt: „Beschwerden wurden von Versicherten nicht vorgebracht, auch wurde der Aufsichtsbeamte zur Vermittlung von Beschwerden zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern nicht angerufen“, so kann daraus mithin keineswegs geschlossen werden, daß solche Beschwerden nicht bestehen. Zudem dürfte es auch bekannt sein, daß die Arbeiter sich mit solchen Beschwerden gegebenenfalls mit viel größerem Vertrauen, weil erfolgversprechender, an ihre Organisation wenden. Diesen liegt auch die Abwendung von Unfallgefahren sehr am Herzen.

Eine interessante Feststellung wird in dem Bericht von 1914 noch gemacht. Das ist die, daß in den Monaten August bis Oktober die Zahl der Unfälle gegenüber dem Vorjahre erheblich zurückging, dagegen in den Monaten November und Dezember um insgesamt 177 überstieg. Die Ursachen sind zu suchen im ersteren Falle in dem starken Rückgang des Personalbestandes infolge des Krieges, im zweiten Falle in der Einstellung neuen Personals.

Die Unfallhäufigkeit ist gemäß dem Alter am größten in den Lebensjahren von 25—45. Sie betrug im Jahre 1914 bei dem Alter von 25—30 Jahren 105, (1913:107), von 31—35 Jahren 103 (107), von 36—40 Jahren 101 (95) von 41 bis 45 Jahren 95 (63), von 46—50 Jahren 77 (53). Daraus geht hervor, daß während des Krieges viele Leute in höherem Alter als 40 Jahre eingestellt wurden, die mit den Betriebsgefahren nicht genügend vertraut waren und daher leichter Unfälle erlitten.

Gemäß dem Dienstalter ist die Unfallhäufigkeit am größten in den ersten Dienstjahren. Von den 682 im Jahre 1914 erstmals entschädigten Unfällen entfallen allein 223 = 32,7 Proz. auf das erste Dienstjahr; 84 auf das zweite, 57 auf das dritte, 28 auf das vierte, 22 auf das fünfte, sodaß auf die fünf ersten Dienstjahre 414 Unfälle entfallen oder 60,7 Prozent der Gesamtzahl. Ähnlich verhält es sich mit der Zahl der Todesfälle, die

## Rundschau.

nach den Dienstjahren betrug: 18, 4, 1, 2 und 2. Vom 6. bis 10. Dienstjahre betrug die Zahl der Unfälle 107; vom 11. bis 15. Dienstjahre 81, vom 16. bis 20. Dienstjahre 43, vom 21. bis 25. Dienstjahre 14. Von den im ersten Dienstjahre erlittenen Unfällen entfielen 104 auf die ersten 3 Monate (62 im 1., 28 im 2., 14 im 3. Monat), 48 auf 4—6 Monate, 31 auf 7—9 Monate und 40 auf 10—12 Monate Dienstzeit. Diese Verhältnisse sind seit langen Jahren in ähnlicher Weise zu verzeichnen. Es ist daher verständlich, wenn der Vorstand der Berufsgenossenschaft alljährlich eine bessere Ausbildung des Personals dringend wünscht, um die Unfallziffern zu vermindern. Dem Ausbildungspersonal obliegt hier eine wichtige Aufgabe. Nachstehend lassen wir einige Unfälle und sonstige Bemerkungen folgen, die in dem Bericht des Aufsichtsbeamten verzeichnet sind:

### Beispiele von Unfällen aus dem Jahre 1913.

„Ein Oberleitungsarbeiter wollte in einer Kurve den Fahrdracht aus der Klemme lösen, hatte aber den Dracht nicht vorher abgefangen. Außerdem befand er sich bei der Arbeit auf der Innenseite der Kurve. Der Dracht schellte ihm gegen die Brust und warf ihn über das Geländer des Turmwagens auf die Straße hinab. Schädelbruch und Bruch beider Unterarme waren die Folge.“

„Verschiedene Unfälle wurden in den Wagenhallen dadurch herbeigeführt, daß die Revisionschlosser von Wagendach zu Wagendach springen wollten und dabei abstürzten.“

„In 23 Fällen wurden Gleisarbeiter und Streckenwärtler durch schnell fahrende Fuhrwerke verletzt; darunter sind 17 Unfälle durch Kraftwagen herbeigeführt.“

„Um eine Kuppelung schon während der Fahrt zu lösen, stellte sich ein Schaffner auf die sogen. Kammbohle, dabei geriet er mit dem rechten Fuß zwischen die Wagen.“

### Sonstiges.

„Der Zustand der (Verbands)-Kästen und Materialien ist mitunter ein völlig ungenügender. Die Deckel der Kästen schließen vielfach nicht staubdicht. Das Verbandsmaterial liegt vielfach in großen Paketen, ohne ausreichende oder in schmutziger Hülle umher. Das Material selbst zeigt oft Spuren unreiner Finger. Solche Materialien bringen natürlich viel eher Schaden als Nutzen.“

### Beispiele aus dem Berichte 1914.

„Durch Sturz in die Revisionsgruben, meist infolge Unachtsamkeit, sind wiederum 32 Fälle, darunter ein Todesfall, zu verzeichnen.“

„Daß auch geringfügige Verletzungen infolge Nichtbeachtung oder Vernachlässigung schwere Folgen haben können, zeigt wieder einmal folgender Fall. Ein Arbeiter hatte sich beim Abladen von Schienen Blasen an den Händen zugezogen. Diese platzten, die Wunden wurden bei der Arbeit verunreinigt und es entstand Blutvergiftung, die den Tod des Verletzten herbeiführte.“

„Das verbotswidrige Auf- und Abspringen vor Ein- und Ausfahrt durch die Tore der Wagenschuppen erforderte auch im Berichtsjahre wieder zahlreiche Opfer. 18 schwere Verletzungen, darunter 3 Todesfälle sind zu beklagen.“

„5 Führer und Schaffner beugten sich zu weit aus den Fahrzeugen heraus und schlugen mit dem Kopf gegen Fuhrwerke oder Maste, einer verunglückte tödlich.“

„Im Verschub- (Mangier)-Dienst verunglückten 73 Personen, darunter 8 tödlich. Viele Fälle sind darauf zurückzuführen, daß beim Kuppeln die Gegeneinanderbewegung der Fahrzeuge mit zu großer Geschwindigkeit erfolgte.“

„Durch abspringende Stücke beim Verarbeiten von Metall, Steinen, Beton, sind 24 Personen verletzt worden. Von den darunter befindlichen 13 Augenverletzungen hätte sich die Mehrzahl durch Benutzung von Schutzbrillen vermeiden lassen.“

### Sonstiges.

„Wieberholt wird darauf hingewiesen, daß die Versuche zur Wiederbelebung elektrisch Betäubter durch künstliche Atmung ununterbrochen bis zur Dauer von 5 Stunden fortgesetzt werden müssen, und zwar an Ort und Stelle, denn es darf keine Zeit durch den Transport des Verletzten verloren werden.“

Unseren Straßenbahnerkollegen empfehlen wir diese Berichte zur eingehenden Beachtung. Insbesondere die Vertrauensleute und Arbeiterauschüßmitglieder sollten ein Augenmerk darauf haben, wie Unfälle am ehesten vermieden werden können. Die beste Unfallfürsorge ist die Verhütung von Unfällen.

**Auszeichnungen.** Kollege Joseph Lang, Kassierer der Ortsgruppe Straßenbahner-Mannheim, erhielt am 19. März, also an seinem Namenstage, das Eiserne Kreuz. Die Kollegen Paul Kent, Straßenbahner-Düsseldorf und Albert Wegmertz, Straßenbahner-Köln, wurden zum Unteroffizier befördert. Wir gratulieren den wackeren Kollegen hierzu herzlich.

Opfer des Krieges sind von den Beamten der christlichen Gewerkschaften weiterhin geworden der Bezirksleiter Heinholt-München vom Holzarbeiterverband und Seidensticker vom Gärtnerverband, beide anerkannt tüchtige und fleißige, überzeugungstreue Kollegen. — Bis jetzt sind schon 21 Kollegen aus dem Beamtenkreis der christlichen Gewerkschaften gefallen. Drei weitere sind seit längerer Zeit vermißt.

Die Bedeutung des Genossenschaftswesens wird auf Grund der jetzigen Kriegserfahrungen immer mehr erkannt und gewürdigt. Die halbamtliche Korrespondenz „Ernährungsfragen“ (Nr. 107, 1916) weist in einem Artikel über „Krieg und Genossenschaftswesen“ auf die segensreiche Tätigkeit der Organisation im allgemeinen hin, die die Höhe der Erzeugung in günstigem Sinne beeinflussen, desgleichen auch bei der Verteilung der Warenmengen erfolgreich mitwirken. Auf diesem Gebiete hätten sich „die ländlichen und Konsumgenossenschaften als wertvolle Hilfsmittel erwiesen, um die organisierte Verwaltung zur Durchführung zu bringen. Immer mehr hat sich auch dieses System als richtig und imstande erwiesen, die Versorgungsnot und Versorgungsschwierigkeiten zu beseitigen. Deshalb findet es auch in immer größerem Umfange Anwendung. . . Die in der Kriegswirtschaft gemachten Erfahrungen werden daher für alle Zukunft als wertvolle Lehren dienen, auf denen sich eine gesunde Friedenswirtschaft aufbauen kann. Das Genossenschaftswesen wird in dieser Entwicklung eine führende und ausschlaggebende Rolle spielen und das Rückgrat sein, an das sich auch künftig wichtige Entwicklungslinien der Volkswirtschaft anzulehnen haben. Diese offene Anerkennung der Konsumgenossenschaften von antiker Seite wird man besonders jenen Leuten entgegenhalten können, die in egoistischer Kurzsichtigkeit die Konsumgenossenschaftsbewegung bekämpfen und mit allen erdenklichen Mitteln zu unterdrücken suchen.“

**Schutz der Volksgesundheit.** Eine von der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zusammenberufene Sachverständigenkonferenz, zu der auch das Reichsjustizamt, das Reichsgesundheitsamt und das preussische Ministerium des Innern Vertreter entsandt hatten, hat sich vor kurzem in zweitägigen Beratungen mit den schwereren Gefahren befaßt, welche auf dem Gebiete des Prostitutionswesens und der Geschlechtskrankheiten unsere Volksgesundheit bedrohen und daher mit allen Mitteln bekämpft werden müssen. Die Konferenz beschloß eine Eingabe an den Reichstag, worin praktische Vorschläge für eine gesetzliche Eindämmung der bezeichneten Gefahren gemacht werden. Die große Bedeutung, die dem Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten in nächster Zeit für die Bestrebungen zur Wiedergebundung und Erstarbung der Nation zukommt, läßt es wünschenswert erscheinen, daß der Reichstag sich diesen wohl-durchdachten Vorschlägen anschließt und sie möglichst bald zu Gesetzeskraft erhebt.

**Kriegsunterstützungen.** Wie in der Tagespresse bekanntgegeben wurde, sind bis Ende Februar 1916 an Kriegerfamilien Unterstützungen ausbezahlt worden für Rechnung des Reiches 1580 Millionen Mark, für Rechnung der Dienstverbände mit Unterstützung von Reich und Staat 1050 Millionen, zusammen also 2 630 Millionen Mk. Dazu kommen noch die erheblichen Leistungen von Arbeitgebern, gemeinnützigen Organisationen und öffentlichen Wohlfahrtsvereinigungen. Trotz dieser gewaltigen Aufwendungen hat sich in vielen Arbeiterfamilien die Not des Krieges sehr stark bemerkbar gemacht. Es muß in mancher Richtung noch mehr getan werden, um unsere Volkskraft ungeschwächt zu erhalten.

Die deutsche Volksversicherung A. G. in Berlin hat im zweiten Kriegsjahre eine beachtenswerte Vergrößerung ihres Versicherungsbestandes erzielt. Es betrug in runden Zahlen der Neuzugang 32 000 Versicherungen mit 11,6 Millionen Mk. Versicherungssumme, der Abgang 3 700 Versicherungen mit 1,5 Millionen Mk. Versicherungssumme; der Versicherungsbestand hat sich hiernach im Jahre 1915 um 28 300 Versicherungen mit 10 Millionen Mk. Versicherungssumme erhöht. Die Prämieinnahme ist 1915 mit Einschluß der Kriegerversicherung auf 1 361 000

Mk. (gegen 834 000 Mk. 1914), also um 68 Prozent und ohne Einfluß der Kriegerversicherung auf rund 920 000 Mk. (gegen 592 000 Mk. 1914), also um 55 Prozent gestiegen. Gesunken sind dagegen im Vergleich zum Vorjahre die Ausgaben für Provisionen um 55 Prozent und die sonstigen Ausgaben für Verwaltung, Einrichtung und Organisation um 49 Prozent. Die Ausgaben für Sterbefälle haben sich trotz des Krieges innerhalb der Grenzen der hierfür verfügbaren Mittel gehalten. Die übrigen Zahlen konnten (infolge der zahlreichen Einberufungen) noch nicht endgültig festgestellt werden.

Die „Deutsche Arbeit“, Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft, bringt im Maiheft folgende Abhandlungen: Dr. Ludwig Nieder: Adolf Wagner; Direktor E. Jaeger: Englischer Imperialismus und russischer Zarismus im Kampf mit dem deutschen Kaiserthum; Dr. Otto Müller: Die kath. Arbeitervereine; Josef Hoos: Spaltung in der Sozialdemokratie; Franz Möhr: Das Recht des Personals in den gemeinnützigen Staatsbetrieben; Hermann Vogelvang: Vergewaltigung und Arbeiter; Martin Fromm: Kriegserfahrungen in ländlichen Industriegebieten. — In der Rundschau schreibt Richard Martin über Kommunalpolitik, Heinrich Dieck über Sozialversicherung. Peter Schladt über Genossenschaftswesen, Johann Reiffelma über Wohnungswesen. Auf der ersten Seite bringt die Zeitschrift das Bild des berühmten Nationalökonomten Adolf Wagner, der mit Abschluß des Wintersemesters in den Ruhestand getreten ist.

## Arbeiterbewegung.

Zur Rechtsstellung der Gewerkschaften. Bekanntlich hat die Reichsregierung eine Aenderung des Vereinsgesetzes angekündigt, die eine Klärung der Rechtslage der Gewerkschaften bringen soll. In der letzten Reichstagsverhandlung hat nun der Abg. Scheide-mann starke Zweifel darüber geäußert, ob die Regierung ihre Zusage einlösen würde. Darauf hat an Stelle des durch Krankheit verhinderten Staatssekretärs Dr. Delbrück der Ministerialdirektor Dr. Reinald namens der Reichsregierung die Erklärung abgegeben, daß die Zusage selbstverständlich erfüllt würde. Die angekündigte Vorlage werde dem Reichstage noch in der gegenwärtigen Tagung zugehen.

Kassenbericht des Gewerbevereins christlicher Vergarbeiter für 1915. Einschließlich des Barbestandes von 1914 im Betrage von 1 970 831 Mk. beliefen sich die Gesamteinnahmen auf 2 826 101 Mk. Darunter sind 739 072 Mk. Mitgliederbeiträge, 1 609 Mk. Beitrittsgelder. Letzteres bedeutet, daß trotz der erschwerten Werbearbeit 3 219 neue Mitglieder aufgenommen wurden; dazu kommen noch die neu aufgenommenen jugendlichen Mitglieder unter 16 Jahren, die kein Beitrittsgeld zu entrichten brauchen. — Den Einnahmen steht eine Gesamtausgabe von 791 280 Mk. gegenüber. Darunter sind 224 067 Mk. Kriegsunterstützung, 113 245 Mk. Sterbegeld, 99 710 Mk. Krankengeld. Für Lohnbewegungen und Maßregelungen wurde der geringe Betrag von 691 Mk. verausgabt; ein Zeichen des gewerblichen Burgfriedens, der von den organisierten Vergarbeitern allen Verjuchungen der Konjunkturausnutzung zum Trotz in musterhafter Weise gewahrt wurde. — Das Barvermögen des Gewerbevereins belief sich am Schlusse des Berichtsjahres auf 2 034 821 Mk. Dazu kommen noch die Werte der Verbandshäuser, Bibliotheken, Einrichtungen der Geschäftsstellen, Bestände der Ortskassen, verzinsliche Darlehen an andere Verbände usw. im Gesamtbetrag von 785 411 Mk., so daß sich ein Gesamtvermögen von 2 820 232 Mk. ergibt. Der Finanzabschluß des Gewerbevereins christlicher Vergarbeiter ist ein deutlicher Beweis dafür, daß er die durch den Krieg herausbeschworene Krise bisher gut überstanden hat, wobei noch besonders ins Gewicht fällt, daß Ende 1915 rund 30 000 Mitglieder des Gewerbevereins unter den Fahnen standen.

Der Zentralverband christlicher Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter ist laut Jahresbericht für 1915 („Gewerkschaftsstimme“ Nr. 6, 1916) vom Krieg sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Von 11 220 Mitgliedern Ende 1913 waren Ende 1914 noch 4917 und Ende 1915 noch 3470 zahlende Mitglieder vorhanden. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 6540 Mitglieder zur Fahne einberufen. Die Zahl der Ortsgruppen ist im letzten Berichtsjahr von 204 auf 148 zurückgegangen. Die Einnahmen betrugen insgesamt 135 104,87 Mk. gegenüber 255 132,29 Mk. des Jahres 1914. Die Gesamtausgaben dagegen 105 433,06 Mk. gegenüber 220 072,44 Mk. im Vorjahre. Am Schlusse des Jahres 1915 war in der Hauptkasse ein Barbestand von 29 671,81 Mk. gegenüber 35 059,85 Mk. Ende 1914. Ferner waren an Barbeständen vorhanden in den Ortsgruppen 8 429,84 Mk., bei den Bezirkskassen 1258,05 Mk. Der Gesamtbarbestand betrug somit am Jahreschlusse 39 359,70 Mk. gegenüber 48 630,09 Mk. im vo-

rigen Jahre. Das Verbandsvermögen betrug 61 121,70 Mk., am Schlusse des Jahres 1914 70 392,09 Mk. Dasselbe hat somit im Laufe des Jahres 1915 eine Minderung von 9 270,39 Mk. erfahren. An Unterstützungen wurden 34 151,95 Mk. ausbezahlt. Im Hinblick auf die Teuerung hat der Verband eine rührige Tätigkeit zwecks Erlangung von Teuerungszulagen entfaltet. Insgesamt wurden an Lohn- bzw. Teuerungszulagen erreicht pro Jahr 192.717 Mk. oder pro Woche 5117 Mk. Auch an Arbeitszeitverkürzung wurden trotz des Krieges noch einige kleine Erfolge erzielt, insgesamt 3874 Stunden pro Jahr oder 74,5 Stunden pro Woche. Rund die Hälfte der dahingeblichenen Mitglieder hat an diesen Errungenschaften teilgenommen. Das allgemeine Ergebnis des letzten Berichtsjahres kann wohl dahin zusammengefaßt werden, daß der Zentralverband christlicher Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter wohl durch den Krieg stark gelitten hat — in seinem Bestand aber durchaus gesichert ist und nach wie vor eine ersprießliche Tätigkeit im Interesse seiner Mitglieder entfaltet.

Kassenabschluß des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter für das Jahr 1915. Nach der im „Holzarbeiter“ (Nr. 15, 1916) veröffentlichten Jahresabrechnung hat der Zentralverband christlicher Holzarbeiter im letzten Berichtsjahr eine Gesamteinnahme von 799 880 Mk. zu verzeichnen, eingerechnet den Kassenbestand von 1914 im Betrage von 544 800 Mk. Die Jahreseinnahme betrug mithin 255 080 Mk. An Beiträgen gingen 159 930 Mk. ein, gegen 399 786 Mk. in 1914 und 527 212 Mk. in 1913. Diese Ziffern zeigen die gewaltige Einwirkung des Krieges auf die gewerkschaftliche Finanzgebarung. Die Ausgaben beliefen sich auf 268 245 Mk., übersteigen somit die Einnahmen um 13 165 Mk. Für Unterstützungen wurden verausgabt: 1913: 282 127 Mk., 1914: 434 351 Mk. und 1915: 128 487 Mk. Die Ausgaben sind im Kriege erheblich gestiegen, während die Einnahmen sprunghaft zurückgingen. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Schluß des Berichtsjahres bei der Hauptkasse 531 635 Mk., bei den Ortskassen 105 348 Mk., insgesamt 636 983 Mk. Gegenüber dem Vorjahre 45 000 Mk. weniger. Trotz der stark gesteigerten Anforderungen hat der Holzarbeiterverband die Belastungspohe des Krieges gut bestanden, was seiner gesunden, leistungsfähigen finanziellen Unterlage zu verdanken ist.

Der Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter hat durch die Einwirkungen des Krieges 15 Ortsvereine verloren; dafür wurden während des Krieges aber auch 22 neue Ortsgruppen gegründet, sodaß sich deren Zahl noch um 7 vermehrt hat. Im gleichen Zeitraum wurden 857 neue Mitglieder gewonnen. Für Krankenunterstützung, Sterbegeld und Rechtschutz hat der Verband ausgegeben im Jahre 1915: 14 757 Mk. Besonders fruchtbringend war die Verbandstätigkeit in der Rechtschutzerteilung und im Eingabewesen zwecks Erhöhung der Unterstützungen und Arbeitslöhne. Auf diese Weise wurden für Mitglieder und Kriegerfrauen an Barerfolgen erzielt: an sozialer Versicherungsrente rund 4 696 Mk., an Kriegswochenhilfe 1 609 Mk., an Kriegerfamilienhilfe 87 000 Mk., an Teuerungsbeträgen 261 320 Mk., an Lohnerhöhungen 299 835 Mk., zusammen 654 460 Mk.

## Verbandsnachrichten.

Abgerechnet haben vom 1. Quartal: Trier, Starnberg, Laufen, Landshut, Pasing, Siegen, Aachen, Bonn-Strassenbahner, Dransdorf, Berned, Dillingen, Heidelberg, Bromberg, Weiden, Arefeld, Würzburg-Strassenbahner, Köln-Mülheim, Mannheim-Strassenbahner, Hannover, Regensburg, Dingolfing, Würzburg-Gemeinbearbeiter, Rosenheim, Freising, Bremen.

Der Verbandsvorstand.

## Gedentafel.

Es starben unsere Kollegen:

**Chr. Meyer,**

Gemeinbearbeiter, Osnabrück.

**Johann Stöckl,**

Hilfsarbeiter, München.

Ehre ihrem Andenken!